

**der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Gemeinderatsabgeordneter
betreffend bessere Finanzierung der Radinfrastruktur**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post 1 (Rechnungsabschluss
2019, Rechnungsabschluss 2019, Spezialdebatte Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz,
Energieplanung und Bürger-Innenbeteiligung) in der 71. Sitzung des Wiener Gemeinderats
am 29. und 30.6.2020**

Die Covid-19 Krise hat zu einer Veränderung im Mobilitätsverhalten der Wienerinnen und Wiener geführt. Der motorisierte Individualverkehr ging aufgrund des Lock-Downs stark zurück, das Gebot des Abstand haltens hat die Nutzung des öffentlichen Verkehrs reduziert. Viele stiegen auf das Fahrrad um. Mit dieser neuen Situation hat die Vizebürgermeisterin Birgit Hebein mit der Eröffnung von sogenannten Pop-Up-Radwegen reagiert.

Diese Maßnahmen haben wie erwartet eine starke Polarisierung innerhalb der Bevölkerung aber auch der Parteien hervorgerufen. In einigen Bezirken haben sich Bezirksklubs für das Entfernen der Radwege ausgesprochen und auch seitens einiger Gemeinderatsfraktionen gibt es keine Zustimmung zu dieser Maßnahme. Die Ablehnung wird immer damit begründet, dass man sich zwar zum Ausbau des Radverkehrs bekennt, es aber nachhaltige Lösungen anstatt billiger PR-Aktionen brauche.

Auch in der Gemeinderatssitzung am 24.6. dieses Jahres waren sich die Fraktionen einig, dass es beim Radverkehr vielmehr einen großen Wurf bräuchte. Ein großer Wurf braucht aber auch die entsprechende Finanzierung. Leider sind in Wien aber kaum Zahlen verfügbar, nachdem die Investitionen für den Radverkehr im Budget der Stadt Wien nicht gesondert ausgewiesen werden. Die letzt verfügbaren Schätzungen (Rad-Bilanz 2010-2014) gehen von ca. 3,6 Euro Investitionen für den Radverkehr pro Einwohner aus. 18 Euro pro Kopf schlägt dagegen der Deutsche Masterplan Radfahren vor.

Der Modal Split der Wiener_innen soll sich laut Fachkonzept Mobilität, ausgehend vom Verhältnis 72:28 im Jahr 2013, bis 2025 auf 80% im Umweltverbund und 20% im motorisierten Individualverkehr entwickeln. Auch die Klimastrategie des Bundes sieht eine Verdoppelung des Anteils des Radverkehrs bis 2025 vor. Um diese Ziele zu erreichen ist es vor allem wichtig, auf der Ebene der Gemeinden und Städte für konkrete Maßnahmen zu sorgen und diese entsprechend zu budgetieren. Einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leistet der Ausbau der Radinfrastruktur. Investitionsbedarf haben besonders auch Abstellplätze. Hier zeigt auch der Erfolg der wenigen bestehenden diebstahl- und vandalismussicheren Fahrradabstellanlagen (z.B. Hauptbahnhof, Hietzing) großes Potenzial.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat spricht sich für ein Paket zur Verbesserung der Radfahrinfrastruktur in Wien aus. Folgende Elemente sollten unter Berücksichtigung der verwaltungstechnischen und gesamtbudgetären Rahmenbedingungen im Paket enthalten sein:

- Ausreichende Budgetierung für die Finanzierung für neue und verbesserte Infrastruktur (Radwege, und Abstellanlagen) und jährliches Monitoring der Investitionen für den Radverkehr im Rahmen des Rechnungsabschlusses.
- An Stationen des hochrangigen öffentlichen Verkehrs, insbesondere in den Außenbezirken auf Gründen der Wiener Linien und öffentlichem Gut im Bereich von U-Bahn-Stationen, sollen vermehrt ausreichend große versperrbare Fahrradabstellanlagen entstehen (Bike&Ride). Auf Fremdgrund (z.B. ÖBB, Garagenbetreiber) sind analog Verhandlungen zur Umsetzung zu führen.
- Ausreichend neue Abstellplätze (Fahrradbügel) auf öffentlichen Flächen
- Bereitstellung von mehr Grätzel-Lastenrädern nach dem Sharing-Konzept

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 29.06.2020


